



„Desertec“ - Afrikas Sonne für Europa!?

Wo Licht ist,
ist auch Schatten.

(Johann Wolfgang Goethe)

Der Gedanke wirkt auf den ersten Blick sehr attraktiv und überzeugend - gerade für ökologisch gesinnte Menschen, die sich ernsthaft um den Klimawandel sorgen: Die Kraft der Sonne als Energiequelle dort „einzufangen“ und nutzbar zu machen, wo sie am stärksten ist. Von dieser in mehrfacher Hinsicht faszinierenden Idee lässt sich auch eine Handvoll deutscher Unternehmen (ver-)leiten, die sich im Sommer zur „Desertec“-Initiative zusammenschlossen, um in der Sahara und drumherum Solarstrom hauptsächlich für Europa zu produzieren.

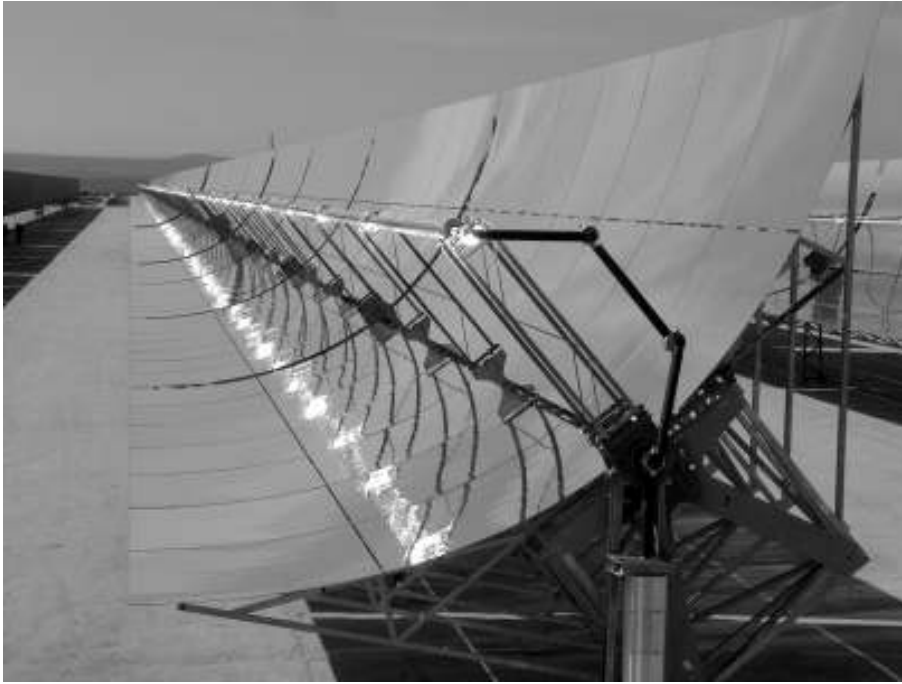
Und genau ab hier wird die gute Idee zum Problem, wirft zumindest die eine oder andere Frage auf: Wollten wir uns in Deutschland nicht eigentlich von Energieimporten unabhängiger machen, als wir heute sind? Wenn schon unsere Gaslieferungen aus Russland so große Nachteile haben, wie immer wieder beklagt wird - von der Liefer(un)sicherheit über die Preisgestaltung bis hin zu Korruptions- und Mordgeschichten rund um beteiligte Firmen -, was veranlasst uns zu der Annahme, all das würde besser, wenn unsere Energie demnächst aus Libyen, Algerien und dem Sudan kommt? Könnte es sein, dass die „Verteidigung deutscher Interessen am Hindukusch“ nur eine Vorübung ist für die künftige Verteidigung „unserer“ Solarkraftwerke hinterm Atlas? Und last, not least: Was haben eigentlich die Menschen vor Ort davon, dass wir uns „ihre“ Sonne kaufen? Oder was bekommen sie dafür?

Zur Auseinandersetzung mit diesen und weiteren Fragen laden wir Sie mit dem „Blickpunkt“ dieser Ausgabe ein. Sie verdeutlichen, dass „Desertec“ kein rein ökologisch-ökonomisches Projekt ist, sondern ebenso stark auch die Themen Gerechtigkeit und Frieden berührt - und damit inhaltlich gewissermaßen mitten ins „Herz“ der *Ökumenischen Initiative Eine Welt* trifft.

Wir verknüpfen damit die Erinnerung an ein historisches Ereignis, das dieser Tage „Jubiläum feiert“ und in Deutschland immer noch weit weniger Beachtung findet als in Afrika: Am 15. November 1884 begann die „Berliner Konferenz“, bei der auf Einladung des Deutschen Reiches und Frankreichs zwölf euro-

(Fortsetzung auf Seite 2 unten)





Solarthermisches Großkraftwerk mit Parabolrinnen-Technologie. Das „Desertec“-Projekt will ab dem kommenden Jahrzehnt mit dieser Technologie „Wüstenstrom“ in Nordafrika produzieren.
Foto: BSW-Solar/Solar Millennium

initiativ 125 - Inhaltsübersicht:

Im Blickpunkt: „Desertec“	2
Nach-Lese Thema „Agrosprit“ und Bundestagswahl	7
Ideen und Initiativen Fair teilen statt sozial spalten	8
Aus der Initiative Blick in die ÖIEWerkstatt Neu im Vorstand	10 12
TIPPs - Termine, Infos, Publikationen	13
Impressum	12
In der Heftmitte: ECHT 24 - Nachrichten und Impulse zur Erd-Charta	

(Forts. von Seite 1:)

päische Staaten, die USA und das Osmanische Reich sich auf Regeln für ihre Landnahme in Afrika verständigten. Exakt 125 Jahre danach stellt sich die Frage, ob hinter „Desertec“ nicht ähnliche Denkmuster stehen wie damals, auf dem Höhepunkt des europäischen Imperialismus. Nur dass heu-

te nicht Afrikas Land aufgeteilt wird, sondern seine Sonne...

Es wäre nicht nur ein Gebot der Fairness, sondern mehr noch der wirtschaftlichen Gerechtigkeit und der politischen Vernunft, die betroffenen Staaten und Volksgruppen an den Pla-

Das Desertec-Projekt

Am 13. Juli 2009 haben sich zwölf Unternehmen zur „Desertec Industrial Initiative“ (DII) zusammengeschlossen, um in den Wüstenregionen von Nordafrika und dem Nahen Osten die Rahmenbedingungen zur Stromgewinnung aus Sonnenenergie zu schaffen. Daran beteiligt sind: ABB, Abengoa Solar, Cevital, Deutsche Bank, E.ON, HSH Nordbank, MAN Solar Millennium, Münchener Rück, M+W Zander, RWE, Schott Solar, Siemens.

Das Desertec-Projekt stützt sich auf solarthermische Energiegewinnung. Beim solarthermischen Verfahren werden Sonnenstrahlen durch riesige Spiegel gebündelt. (Siehe Foto.) Dabei entstehen so hohe Temperaturen, dass Wasser zu Wasserdampf erhitzt wird, Turbinen angetrieben werden und Strom erzeugt werden kann. Der Vorteil: Die Hitze kann eine Zeit lang gespeichert werden und flexibel zu Strom umgewandelt werden. Im Vergleich zum Photovoltaik-Verfahren besteht keine Tag- und Nacht-Abhängigkeit. Der Strom aus der Wüste soll als Gleichstrom über rund 100 Stromtrassen nach Europa geführt werden. Die elektrischen Verluste von HGÜ-Leitungen (Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung) betragen nach Angaben des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt derzeit 4-5 Prozent pro 1000 km Länge.

Laut Informationen der DII-Unternehmen ist es das Ziel, rund 15 Prozent des Strombedarfs von Europa und einen erheblichen Anteil des Strombedarfs für die Erzeugerländer zu produzieren. Der erste Strom aus der Wüste soll in rund zehn Jahren fließen. Insgesamt wollen die DII-Unternehmen rund 400 Milliarden Euro in ihre Vision investieren. Innerhalb von drei Jahren wollen die Firmen umsetzungsfähige Investitionspläne für das Großprojekt erstellen.

Anja Weiffen

nungen hierfür angemessen zu beteiligen (oder ihnen gar die Projektleitung zu überlassen?!) - anders als vor 125 Jahren in Berlin. ■

Michael Steiner

Mammon in der Wüste

Solarstrom aus der Sahara soll Europas Energiehunger stillen

Von Anja Weiffen

Sonntags mittags, Presseclub im Fernsehen: Journalisten diskutieren das Thema Solarenergie und das Mega-Projekt „Desertec“. Eine Unternehmensinitiative – darunter bekannte Namen wie Siemens, die Deutsche Bank und E.ON – will rund 400 Milliarden Euro investieren, um in der Sahara solarthermische Kraftwerke zu bauen. Mit dem dort produzierten Strom sollen rund 15 Prozent des europäischen Energiebedarfs gedeckt werden. Die Pressevertreter im Fernsehen sind geteilter Meinung. Was auffällt: jegliche Ironie in der Diskussion fehlt, Solarenergie wird ernst genommen.

Von solch einer Resonanz auf ein ökologisches Großprojekt konnte die Umweltbewegung in den 1970er und 1980er Jahren nur träumen. Endlich wird der Traum wahr. Allerdings zeigt sich nun unter Umweltexperten Uneinigkeit, ob „Desertec“ wirklich die Erfüllung aller Träume ist. Brisant etwa, dass Aktivisten wie Greenpeace das Wüstenprojekt begrüßen, ein Spezialist in Sachen Solarenergie wie Hermann Scheer aber harsche Kritik übt.

„Eigentlich“ ganz gut...

Fragt man unter ökologisch aufgeschlossenen Bürgern nach, was sie von „Desertec“ halten, fällt vor allem das Wörtchen „eigentlich“ auf. „Eigentlich

ganz gut“, lautet oft die Antwort, aber vielen scheint dabei unbehaglich zumute. Dass die Energie, die die Sonne dauerhaft und dazu noch kostenlos unserem Planeten zuführt, die Lösung für unseren Energiehunger sein könnte, leuchtet den meisten ein. Zu schön wäre es, die Sorge um die Energiebeschaffung delegieren zu können. Die sowieso „öden“ Wüstenregionen nutzen zu können, anstatt sich den Kopf darüber zerbrechen zu müssen, welche Landflächen vor der eigenen Haustür für Solarkraftwerke geopfert werden könnten. Unsere Hausdächer würden vielleicht von so manch einer „hässlichen“ Photovoltaik-Anlage verschont bleiben. Der ästhetische Aspekt: immer noch ein Argument gegen Solarenergie.

Auch die Signalwirkung der Desertec-Vision wird von vielen geschätzt. Wenn Global Player wie Siemens sich für Sonnenenergie stark machen, müsste das doch den letzten Zweifler überzeugen. Die Akzeptanz innerhalb der konventionellen Wirtschaft soll der Solartechnik den Weg in die Normalität bahnen.

Befürworter von Desertec weisen darauf hin, dass die alleinige Nutzung von regionalen Windkraft- und Photovoltaikanla-



gen für eine Versorgung nicht ausreichen würde. Man sei zu abhängig von Wind und Wetter. Bei wenig Wind und Sonne beziehungsweise nachts, müsste Strom aus sicheren Quellen geliefert werden – beispielsweise importierter Strom aus solarthermischen Anlagen, wie ihn das Projekt Desertec produzieren soll. Technisch scheint die Desertec-Vision möglich. Auch seien angesichts des fortschreitenden Klimawandels solche Projekte das Gebot der Stunde – so sieht es zumindest Greenpeace-Geschäftsführer Roland Hipp, der im Interview mit *Spiegel Online* sagte: „Wir müssen den CO₂-Ausstoß drastisch senken, mit Kleinklein kommen wir nicht weiter. Deshalb brauchen wir auch große Projekte – von Windparks im Meer bis zu Wüstenstrom.“ (Siehe auch unten stehende Stellungnahme.)

(Fortsetzung auf Seite 4)

Stellungnahme von GREENPEACE:

Der Import von Solarstrom aus den Wüsten Nordafrikas und dem Nahen Osten ist eine reale Alternative für die europäische Energieversorgung. Die Technik ist erprobt und derart ausgereift, dass sie vor ihrem internationalen Durchbruch steht. Gerade für Länder wie China, Indien oder Australien, wo weiterhin massiv auf Kohlekraftwerke gesetzt wird, brauchen wir sehr schnell Alternativen.

Deutschland kann den weltweiten Durchbruch der Solarstrom-Technologie mit der DESERTEC-Initiative beför-

dern. Deutsche Unternehmen haben das notwendige Knowhow und die Finanzkraft für den Bau dieser Kraftwerke. Angesichts der riesigen Probleme, die mit der Nutzung von Öl, Kohle, Gas oder Atomkraft verbunden sind, wäre es fatal, auf die Chancen solarthermischer Kraftwerke verzichten zu wollen. Wüstenstrom kann laut einer Greenpeace-Studie bis Mitte des Jahrhunderts etwa ein Viertel der weltweiten Stromversorgung sichern. Dies wird notwendig sein, wenn wir weltweit die CO₂-Emissionen drastisch reduzieren wollen. ■



Andree Böbling,
Energiebereich Greenpeace

Hermann Scheer, Präsident von EURO-SOLAR und Vorsitzender des Weltrats für Erneuerbare Energien, nennt das Wüstenprojekt dagegen eine „Fata Morgana“. Er spricht von einer „wirklich guten Idee, wenn es darum ginge, den Sahara-Staaten zu helfen, ihre eigene Energieerzeugung vollständig auf Erneuerbare Energien umzustellen“. Unter den geplanten Umständen sei Desertec zum Scheitern verurteilt. Die Kosten würden künstlich heruntergerechnet. Das Projekt sei insgesamt viel zu teuer, teurer als die dezentrale Stromerzeugung mit Erneuerbaren Energien innerhalb der EU.

„Solar-Imperialismus“?

Bei allen Fakten und Rechnungen, die im Dunstkreis der Idee „Desertec“ hin- und hergeschoben werden – es sind mehrere Aspekte, die für mangelndes Vertrauen in diese Vision sorgen. Eine immer wiederkehrende Kritik an Desertec heißt „Solar-Imperialismus“. Die Bewohner der Wüsten-Staaten, in denen das Projekt geplant ist, sollen an ihren eigenen Ressourcen teilhaben. Das fordert beispielsweise das katholische Hilfswerk Misereor. Seine Energieexpertin Anika Schröder warnt, dass es keine Zweiklassengesellschaft an den Standorten der Solarkraftwerke von Desertec geben dürfe. Sie weist auf die Erdölförderung in Ländern wie etwa Nigeria hin. Dort hätte bis heute ein großer Teil der Bevölkerung noch keine Vorteile von den eigenen Rohstoffen. Zwar beeindruckten sie die Desertec-Pläne, dennoch seien einige Punkte noch nicht geklärt. (Vgl. die Stellungnahme auf Seite 5.)

Gegenwärtige Beispiele der Ausbeutung in Entwicklungsländern genauso wie Erfahrungen aus der europäischen Vergangenheit lassen Zweifel aufkommen, ob unsere Vorstellungen von globaler Gerechtigkeit bei Projekten wie „Desertec“ erfüllt werden würden. Die europäisch-afri-

kanischen Beziehungen rufen alte Erinnerungen wach, der Publizist Dr. Franz Alt spricht in einem Interview über Solarstrom aus der Wüste gar von „Neo-Kolonialismus“. In seiner Bewertung der Desertec-Initiative weist Misereor unter anderem auf die Landrechte der einheimischen Bevölkerung hin. Die Sahara sei Lebensraum für traditionelle Volksgruppen sowie Durchzugsgebiet für Nomaden und Karawanenrouten. Das Hilfswerk sieht Desertec vorrangig in der Pflicht, die Armut in den Erzeugerländern zu bekämpfen. Der Export der Energie solle erst an zweiter Stelle stehen. Denn wenn die Wüstenregionen selbst noch ein Energiedefizit haben – Marokko etwa von 25 Prozent –, warum sollten sie für Europa Strom produzieren, so eine Frage in der Misereor-Stellungnahme.



Foto: peterpanphoto

Strom - für wen eigentlich? Das ist hier (nicht) die Frage..

Die Firmen der Desertec Industrial Initiative (DII) kontern solche Vorwürfe: Neben der Energiesicherheit für Europa, Nordafrika und den Nahen Osten (EU/MENA) sähe man Wachstums- und Entwicklungschancen für die MENA-Länder vor allem durch Investitionen privater Geldgeber. Konkret wird auf den Internetseiten der DII-Unternehmen von der Sicherung der zukünftigen Trinkwasserversorgung in den Erzeugerländern gesprochen, da überschüssige Energie für Meerwasser-Entsalzungsanlagen genutzt werden könnte.

Misereor mahnt, dass die Sahara-Staaten nicht nur Deviseneinnahmen erhalten sol-

len, die in intransparenten Kanälen versickern könnten, sondern insbesondere Zugang zu den Technologien für Erneuerbare Energien. Fraglich sei jedoch, wie Strom in abgelegene und ärmste Gebiete kommen und sich dies mit den betriebswirtschaftlichen Interessen der Investoren decken soll. Sonst wäre ganz Afrika bereits seit Jahrzehnten elektrifiziert, schreibt Misereor mit Ausrufezeichen.

Friedenspolitische Chance?

Was das Hilfswerk allerdings positiv bewertet: der Bau solarthermischer Anlagen könnte eine friedenspolitische Chance für nordafrikanische Staaten wie Libyen, Marokko, Algerien und Ägypten sein, die gerade Abkommen zum Bau von Atomkraftwerken zur „friedlichen“ Nutzung geschlossen hätten. Solarstrom könnte eine Alternative sein, ohne die bei Atomkraft bestehende Gefahr des Missbrauchs für militärische Zwecke.

Abgesehen von der Befürchtung, dass Entwicklungsländer ausgebeutet werden könnten, sehen viele Kritiker von Desertec die notwendige Dezentralisierung der Energiewirtschaft durch solche Großprojekte in Gefahr. Franz Alt beispielsweise weist darauf hin, dass es ge-

nügend Flächen in Deutschland gebe, die sofort mit Photovoltaik-Anlagen bestückt werden könnten. Die Lieferung des Wüstenstroms würde stattdessen noch zehn bis 20 Jahre auf sich warten lassen, sagt der Umweltexperte. „Schon in vier Jahren wird Solarstrom in Deutschland nicht mehr kosten als konventionell erzeugter Strom“, prophezeit er. Ein kluger Mix aus Erneuerbaren Energien – Erdwärme, Biogas und Wasserkraft mit inbegriffen – könnte darüber hinaus das Speicherproblem von Wind- und Sonnenenergie lösen. Die Gewinner dieser Variante seien, im Gegensatz zu den großen

(Fortsetzung auf Seite 6)

Auszüge aus einer Stellungnahme von MISEREOR:

MISEREOR befürwortet die Bündelung von Kräften für eine weltweite Energiewende, um dem Klimawandel zu begegnen und die negativen Auswirkungen des Abbaus fossiler Rohstoffe zu begrenzen. Das Anliegen von Desertec, eine solare Energiewende einzuleiten, ist daher begrüßenswert.

Die Erfahrungen vieler MISEREOR-Partner im Süden zeigen hingegen, dass Großprojekte zu erheblichen sozialen Schwierigkeiten führen können. Zudem befürchten wir, dass Desertec von Energiekonzernen genutzt wird, um notwendige energiepolitische Weichenstellungen in Deutschland zu verzögern. Daher sind für uns folgende Aspekte maßgeblich:

Landrechte der Bevölkerung respektieren:

Wüstenzonen sind nicht immer ungenutztes Ödland. Die Sahara ist Lebensraum und Durchzugsland für Nomaden mit vielfach ungeschützten Weiderechten, Karawanenrouten, und wird bewohnt von traditionellen Volksgruppen. Daher sind die Vorab-Klärung und effektive Absicherung traditioneller Landrechte, Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen sowie die Einbindung legitimer VertreterInnen der lokalen Bevölkerung in allen Planungs- und Umsetzungsphasen unverzichtbare Voraussetzung für die Errichtung solarthermischer Anlagen.

Bekämpfung des Klimawandels in der Wüste Hand in Hand mit der Energiewende in Europa:

MISEREOR befürwortet dringend den Ausbau Erneuerbarer Energien zur Entschleunigung des Klimawandels, aber sie ist vor allem zur Armutsbekämpfung in den Ländern Nordafrikas nötig. Der Export sollte erst an zweiter Stelle stehen (wie Greenpeace mit seinen „80% für Afrika, 15% für den Export“ fordert). Viele Menschen in Afrika leben immer noch ohne Zugang zu modernen Energieträgern. Sie kochen mit Feuerholz, was häufig zur Übernutzung der lokalen Ökosysteme führt, und haben keinerlei Elektrizitätsanschluss. Daher ist es unverzichtbar, auf mehr Verteilungsgerech-

tigkeit innerhalb der Länder beim Energiezugang zu achten. Selbst in an Energie-Rohstoffen reichen Entwicklungsländern wie Nigeria und Algerien ist die Energiearmut noch sehr hoch.

Diese Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der Länder darf sich beim Solarstrom nicht wiederholen. Transparenz und Partizipation sind nötig. Es gibt eine Fülle angepasster erneuerbarer Energietechnologien, mit denen dezentral und ohne großen Materialaufwand eine Energieversorgung marginalisierter Gebiete erreicht werden kann.

Priorität Energiesparen:

Vor bzw. parallel zu einem Ersatz fossiler durch nachwachsende Energierohstoff-Importe muss Deutschland dringend seine Anstrengungen vervielfachen, Energie einzusparen. Hierzu gehören ambitioniertere ordnungs- und finanzpolitische Konzepte für eine integrale Energie- und Wirtschaftspolitik. Im *Wärmebereich* bestehen besonders große Einsparpotentiale um bis zu zwei Drittel durch Gebäudeenergiesanierung; im Verkehrsbereich können eine Vielzahl unnötiger Fahrten eingespart werden (Individual- und Güterverkehr); im Strombereich sind durch staatliche Vorgaben für die Nutzung des jeweils effizientesten Standards („Top-Runner Prinzip“) sowie die Unterbindung unsinniger Standby-Schaltungen jede Menge Kilowattstunden einzusparen.

Komplementärer Ausbau dezentraler Energien:

Das Desertec-Konzept solarthermischer Kraftwerke steht nicht im Widerspruch, sondern komplementär zu einem dezentralen Ausbau Erneuerbarer Energien (EE) aus Wind, Photovoltaik, Biomasse, Erdwärme oder Wasserkraft in Deutschland, der über das Erneuerbare Energien-Gesetz gefördert wird. Es ist nicht damit zu rechnen, dass Investitionen in Wüstenstrom auf Kosten des Baus neuer dezentraler EE-Anlagen in Deutschland gehen, weil letzterer bislang vorwiegend von kleinen und mittelständischen Unternehmen getragen wurde, während die großen Energieversorgungsunternehmen (EVUs)

nur minimal in EE investiert haben. Besser, die EVUs investieren in EE als in fossile und hoch riskante Energie-Technologien.

Importabhängigkeit reduzieren:

Einen nach Einsparung und Effizienzsteigerungen verbleibenden Energie-Importbedarf kann Deutschland durch komplementäre Solarstrom-Importe decken und damit seine Abhängigkeit von fossilen Energierohstoffen reduzieren, deren Abbau in Entwicklungsländern häufig Menschenrechtsverletzungen, Landvertreibungen, zunehmende Armut, gewaltsame Konflikte, Umweltzerstörung und Klimawandel verursacht (Erdöl, Kohle, Uran). Erneuerbare Energien stehen unbegrenzt zur Verfügung, es geht damit keine Abhängigkeit von Weltmarkt-Preisschwankungen wie z.B. bei Erdöl einher.

Rohstoff-Herkunft:

Der Bau solarthermischer Kraftwerke sowie der Übertragungskabel geht mit hohem Materialaufwand einher. Insbesondere der Abbau von mineralischen Erzen wie Kupfer verursacht in Ländern des Südens wie Chile und DR Kongo großflächige Umweltzerstörung und geht z.T. mit der Verletzung von Arbeiterrechten einher. Auch wenn die Kabel für die Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ) aus Glasfaser und nicht aus Kupfer bestehen, ist bislang ungeklärt, wie gewährleistet werden kann, dass die zum Einsatz kommenden Baustoffe unter Wahrung hoher Umwelt- und Sozialstandards abgebaut worden sind. ■



Ulrike Bickel,
Referentin für Energie-Rohstoffe



Stromanbietern, Bauern, Handwerker und Mittelständler. Abhängigkeiten von anderen Staaten, wie dies bisher bei Erdöl und Gas bestand, würden durch eine dezentrale Energieversorgung beendet. Projekte wie Desertec tauschen dagegen Abhängigkeiten nur aus, betont Alt. Seine Devise: Sichere Energieversorgung gelingt nur nach dem Motto „Aus der Region für die Region“.

Dezentralisierung?

Gegenargumente zu vielen der vorgebrachten Kritikpunkte liefert etwa das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR), das mit seinen Studien dem Desertec-Projekt den Boden bereitet hat. So erklärt Dr. Franz Trieb vom DLR: „Solarstromimporte werden in vielen Projekten, verteilt über die gesamte Region realisiert werden, nicht in einem einzigen Mega-Projekt. Die Stromerzeugung aus heimischen Quellen wird jederzeit in allen Ländern den Vorrang haben. In den DLR-Szenarien stammen bis 2050 etwa 65 Prozent des europäischen Stroms aus heimischen erneuerbaren Quellen und 17 Prozent aus Solarstromimporten.“

Für die Funktionstüchtigkeit solcher Anlagen zieht Trieb laufende Kraftwerke als Beispiel heran wie etwa solarthermische Kraftwerke, die seit über 20 Jahren in der Mojave Wüste in Kalifornien laufen. Sie hätten Hagel-, Sandstürme und Zyklone überstanden. Bei Gefahr gäbe es eine Schutzposition der beweglichen Spiegel, sagt der Wissenschaftler.

Seine Antwort auf die Frage, ob mit Desertec nicht neue Abhängigkeiten geschaffen würden, fällt jedoch kurz und pauschal aus: „Nein, sondern wir erweitern die Zahl der Anbieter und verringern damit das Versorgungsrisiko, da die Anzahl der Ausweichmöglichkeiten mit je-

der neuen Handelsverbindung steigt.“ Trieb stützt die Strukturen der Großkonzerne, indem er betont: „Großkonzerne vom Klimaschutz auszuschließen, ist kein wirklich sinnvolles Ziel. Monopolistische Strukturen sind für das Projekt nicht zwingend erforderlich. Die nachhaltige Versorgung der weltweit schnell wachsenden Großstädte ist mit kleinteiliger, dezentraler Versorgung und Effizienz allein nicht erreichbar. Vielmehr geht es um eine sinnvolle und notwendige Ergänzung derselben. Hier findet die Großindustrie ein sinnvolles Einsatzgebiet.“

Abhängigkeit?

Auch die Abhängigkeit von politisch instabilen Staaten bewertet Trieb unkritisch und meint, dass Konflikte zwischen Parteien, die keine gegenseitigen Abhängigkeiten hätten, wesentlich wahrscheinlicher seien als zwischen solchen mit Interdependenzen. Eine Abschottung von den Wüstenregionen wäre für Europa wesentlich gefährlicher als eine gemeinsame Anstrengung in Richtung nachhaltiger Energieversorgung, sagt er.

Bei allem Für und Wider: „Desertec“ ist und bleibt ein Projekt von Wirtschaftsunternehmen. Hauptziel von Wirtschaftsunternehmen ist es, Gewinn zu erzielen. Daher bleibt es in der Tat zweifelhaft, ob diese neue Chance zu globaler Gerechtigkeit wirklich genutzt wird.

Fragwürdig ist es, die Steuerung von Schlüsselgütern wie Energie privatwirtschaftlichen Interessen zu überlassen. Darüber hinaus machen die Namen der an DII beteiligten Firmen nicht gerade Mut, großzügig Vertrauen zu schenken. Mit der Deutschen Bank wird die Finanz- und Wirtschaftskrise assoziiert. Siemens ist als Unternehmen bekannt, das sich lange Zeit für Atomenergie stark gemacht hat und im letzten Jahr durch Korruptionsaffären für Schlagzeilen sorgte.

Immerhin kündigte Siemens-Vorstandschef Peter Löscher im Juli im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ an, dass sich das Unternehmen stärker in der Solartechnik engagieren und zu einem der führenden Anbieter weltweit aufsteigen will. Aber: Durch die Tatsache, dass große Stromlieferanten wie etwa RWE und E.ON mit im Boot sind, liegt der Gedanke nahe, dass wieder nur die „Großen“ profitieren und die „Kleinen“, dezentrale und regionale Anbieter, leer ausgehen. Und haben bisher nicht auch die eingefahrenen Strukturen und die Hegemonie der Großkonzerne die Investition in Erneuerbare Energien blockiert und verzögert?

Armes Europa...

Und schließlich: Wie arm ist eigentlich Europa, wenn es sich Strom vom ärmsten Kontinent des Planeten beschaffen muss? Und das ohne ein ausgereiftes Konzept zu präsentieren, das diese Länder und ihre Menschen für die Landgabe und den Bau von Kraftwerken und Trassen entschädigt? Im Gegensatz zu den „15 Prozent des Strombedarfs von Europa“, klingt der „erhebliche Anteil des Strombedarfs für die Erzeugerländer“, den Desertec mitproduzieren soll, auf den Internetseiten der DII-Firmen mehr als ungenau.

Und um das Pferd von hinten aufzuzäumen: Was gäbe es für einen Aufschrei in Europa, in Deutschland, wenn hierzulande „ausländische“ Firmen ein Projekt solcher Größenordnung über die Köpfe der Menschen hinweg planen würden? ■

Anja Weiffen, Journalistin, zurzeit als Redakteurin der Kirchenzeitung „Glaube und Leben“ in Mainz tätig, beschäftigt sich seit einigen Jahren mit dem Thema Umweltschutz.



Nach-Lese:

Ökostandards für Agrosprit sind keine Lösung

Was ist eigentlich aus früheren „Blickpunkt“-Themen geworden? Wie ist da der aktuelle Stand? Dieser Frage wollen wir in *initiativ* künftig hin und wieder Raum geben.

Vor genau zwei Jahren, im November 2007, behandelte der „Blickpunkt“ von *initiativ 118* unter dem Titel „BioEnergie“ die komplexe Problematik des zunehmenden Anbaus von Pflanzen als Kraftstoffen („Agrosprit“). Unser damaliger Autor Werner Paczian ist wenige Monate nach diesem Artikel unerwartet verstorben. Mit Evelyn Bahn beleuchtet hier eine ebenso kundige und engagierte Person den heutigen Stand der Debatte.

Selten ist es Nichtregierungsorganisationen gelungen, ein Thema in der öffentlichen Debatte so prominent zu platzieren, wie im vergangenen Jahr die Debatte um die Agrokraftstoffpolitik. Ausführlich wurde in den Medien über den Zusammenhang von vollen Tanks und leeren Mägen diskutiert. Im April 2009 reagierte auch die deutsche Politik auf die Kritik an den Kraftstoffen aus Mais, Palmöl oder Soja. Der Bundestag beschloss eine Kürzung der Beimischungsquoten für Agrokraftstoffe zu herkömmlichem Benzin und Diesel auf 5,25 Prozent. Nur noch ein Mal – im kommenden Jahr – soll die Quote auf 6,25 Prozent erhöht werden und dann bis 2014 eingefroren werden.

Ist die Gefahr durch Agrokraftstoffe für die weltweite Ernährungssicherheit damit vom Tisch? Keineswegs. Die Quoten sind jetzt zwar deutlich geringer als ursprünglich geplant, doch auch dieses Ziel kann nur durch den Import von Rohstoffen aus Entwicklungsländern erreicht werden. Das weiß auch die Politik und hat sich schon Instrumente parat gelegt, um den Kritikern den Wind aus den Segeln zu nehmen. Das neue Gesetz sieht vor, dass mit Nachhaltigkeitsstandards Agrokraftstoffen Unbedenklichkeitsbescheinigungen ausgestellt werden können. Doch die Ökostandards beziehen sich lediglich auf vage formulierte Minimalkriterien. Soziale Kriterien, wie zum Beispiel die Arbeitsbedingungen auf den Palmölplantagen

oder die Verhinderung von Landvertreibung, werden nicht erwähnt. Als nachhaltig können somit sogar Biokraftstoffe klassifiziert werden, die in direktem Zusammenhang mit Menschenrechtsverstößen stehen.

Fraglich ist auch die Wirksamkeit des hochkomplexen Zertifizierungssystems, das letztendlich auf den Aussagen freiwilliger Zertifizierungsinitiativen beruht. Geschriebenes Recht und Wirklichkeit können in den Entwicklungsländern weit auseinander klaffen, zumal die angestrebten Kriterien durch Initiativen in den Industrieländern entworfen wurden.

Eine Senkung des Energieverbrauchs von Autos wird nicht angestrebt. Im Gegenteil: Selbst die Abwrackprämie wurde nicht als Chance genutzt, den Kauf von energieeffizienteren Autos zu fördern. Auch eine Reduzierung des Tempolimits findet keinen Zuspruch. Solange die wachsende Biomasse-Nachfrage nicht angegangen wird, lassen sich auch keine glaubhaften Nachhaltigkeitsmodelle für den Energiebedarf umsetzen. Ein Moratorium für die Beimischungsziele und eine Verwendung ausschließlich von inländischen Rohstoffen wären eine ehrlichere Antwort auf die negativen Auswirkungen von Agrokraftstoffen gewesen. ■

Und jetzt wieder Schwarz-Gelb...

„Ist Rot-Grün gescheitert?“, hieß im Oktober 2005 die Frage des „Blickpunkts“ von *initiativ 111*. Vier Jahre und eine Bundestagswahl später stehen wir am Beginn einer Neuauflage von „Schwarz-Gelb“, das bereits die 1980er und 90er Jahre in Deutschland geprägt hatte. Was erwartet uns? Und was können wir erwarten oder tun - und was auch nicht? Denkanstöße aus einem Kommentar, den Ulrich Schulte am 5.10.2009 zum Start der Koalitionsverhandlungen in der „tageszeitung“ taz schrieb:

„Protest lässt sich immer dann wirkungsvoll auf die Straße tragen, wenn er sich an Themen orientiert. Bestes Beispiel ist die Antiatombewegung, die derzeit einen zweiten Frühling erlebt. Auch andere Felder taugen zum argumentativen Kampf. Bei den Bürgerrechten etwa wird die schnell mobilisierbare Szene um die Piratenpartei darauf achten, ob die FDP tatsächlich als Bollwerk gegen Überwachungsideen funktioniert. Und bei den Krankenkassenbeiträgen wird es viele

aufregen, wenn die Koalition tatsächlich nur die Beschäftigten, nicht aber die Arbeitgeber belastet.

Wie schwierig es ist, zivilgesellschaftlichen Protest zu organisieren, zeigte sich bei den Hartz-Gesetzen. Die rot-grünen Reformen stellten einen beispiellosen Einschnitt in Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme dar. Sie führten letztlich zum Einzug der Linkspartei in die Parlamente, doch die großen Montagsdemonstrationen schrumpften schnell zu Nischenveranstaltungen.

Es wäre eine echte Herausforderung für Gewerkschaften und andere Kräfte, zivilgesellschaftlichen Protest unter Schwarz-Gelb neu zu denken. Dafür reicht es nicht, wolkige Regierungsmissetaten und soziale Aufstände vorherzusagen. Fundierte Kritik an Entscheidungen der Koalition muss her - genug Stoff dafür wird es geben. Den spontanen Aufstand der Massen gegen Schwarz-Gelb wird es nicht geben.“

Evelyn Bahn ist Referentin des INKOTA-netzwerkes zum Thema Welt-ernährung.



Fair Teilen statt Sozial Spalten

Aufruf zu einer „politischen Zeitansage“ auf dem Ökumenischen Kirchentag

Engagierte Christinnen und Christen setzen sich vielfältig in Gemeinden, Basisgruppen, Organisationen und sozialen Bewegungen für einen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik weg von wirtschaftsliberalen Positionen ein. Doch es fehlte bisher ein starkes Bündnis (nicht nur) kirchlicher politisch aktiver Gruppen, das eine spürbare Kraft entfalten könnte. Daher luden führende Vertreter von Attac, dem Nell-Breuning-Institut und der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) Anfang 2008 zur Gründung eines Netzwerkes ein, das zunächst den Ökumenischen Kirchentag (ÖKT) 2010 in München unter dem Motto „Fair teilen statt sozial spalten“ mit Inhalt füllen will. Im Frühjahr 2008 wurde ein Grundlagentext erarbeitet, den seitdem 600 Einzelpersonen und 58 Organisationen unterzeichnet haben und den wir hier - leicht gekürzt - abdrucken. (Der komplette Text steht im Internet unter www.oekt-netz.de – weitere UnterzeichnerInnen sind willkommen!) Für den 28. November 2009 ist in der Jesuiten-Hochschule St. Georgen in Frankfurt a.M. ein Treffen zur Planung konkreter Aktivitäten beim ÖKT (12. bis 16. Mai 2010) vorgesehen. Interessierte können sich an die folgende Kontaktadresse wenden: Netzwerk „ÖKT 2010“, c/o KAB, Bernhard-Letterhaus-Str. 26, 50670 Köln, Telefon: 0221-77 22 201, E-mail: kontakt@oekt-netz.de

Wir stehen vor einem Scherbenhaufen aus globalen Krisen. Trotz hoher wirtschaftlicher Wachstumsraten über zwei Jahrzehnte leben 2,6 Milliarden Menschen von weniger als zwei US-Dollar pro Tag. Die Preise für Lebensmittel, Öl und andere Rohstoffe explodieren. Auf allen Kontinenten wächst die Kluft zwischen Arm und Reich. Menschen werden aus ihrer Heimat vertrieben, Hunderttausende sterben in kleinen und großen Kriegen. Das Erdklima wird wärmer, Natur wird zerstört. Arten sterben aus. Die Belastbarkeit des Planeten stößt an ihre Grenzen.

Diese globalen Krisen sind keine Naturereignisse. Sie sind die Folgen von Entscheidungen, die Menschen getroffen oder versäumt haben. Deshalb fordern diese Krisen uns als Christinnen und Christen heraus. Wir engagieren uns in unterschiedlicher Form für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung. Und wir werden nicht zulassen, dass Mensch und Natur weltweit wirtschaftlichen und politischen Machtinteressen geopfert werden. Denn wir wissen aus unserem Engagement: Eine andere Welt ist möglich, wenn der Wille dazu da ist.

Armes reiches Land

„Tiefe Risse gehen durch unser Land“, beklagten die Kirchen in ihrem Wirtschafts- und Sozialwort von 1997. Seither ist dieses Land viel reicher geworden – aber die Risse in der Gesellschaft noch viel tiefer. Die Renditen der Kapitaleigner und die Spitzengehälter sind stark angestiegen. Doch Millionen Kinder wachsen in Armut und ohne Chancen auf. Millionen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

erhalten Billiglöhne. In Kindergärten, Schulen, in Krankenhäusern und an Universitäten entscheidet immer öfter der Geldbeutel über die Lebenschancen. Sinkende Einkommen setzen vor allem Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern unter Druck. (...)

Die Verantwortung der Politik

Diese soziale Zerrüttung ist kein Naturereignis. Sie ist maßgeblich politisch verschuldet. Seit mehr als zwei Jahrzehnten folgt die deutsche Politik wirtschaftsliberalen Parolen. Sie hat die Unternehmen von Steuern und Abgaben entlastet, den Arbeitsmarkt liberalisiert und viele staatliche Dienste privatisiert – bis hin zur Altersvorsorge und zum Gesundheitssystem. Diese Politik setzt die Menschen der wirtschaftlichen Konkurrenz ungeschützt aus: Der Stärkere siegt, die Schwächeren bleiben auf der Strecke. Eine Gesellschaft, in der nach christlich-jüdischen Maßstäben von Fairness, Gerechtigkeit und Solidarität einer des anderen Last trägt, ist in weite Ferne gerückt. Gleichzeitig fehlt der politische Wille, neue Arbeitsplätze zu fördern und mehr in Bildung und andere soziale Dienste zu investieren. Der private Reichtum wächst – die öffentliche Armut auch. (...)

Zu diesen Entwicklungen können und wollen wir als Christinnen und Christen nicht schweigen. Die ethische Grundorientierung unseres Glaubens ist „Gottes vorrangige Option für die Armen und Ausgegrenzten“, wie es auch im Wirtschafts- und Sozialwort heißt. In einer Zeit, in der die Schöpfung bedroht ist und in der Armut ebenso wächst wie privater

Reichtum, brauchen wir eine Ökonomie, die sich an den ethischen Leitbildern der Bibel ausrichtet: Gerechtigkeit, Teilen, Bewahrung der Schöpfung – denn es ist genug für alle da. Möglich werden solche Strategien nur, wenn unbequeme Themen wie Reichtum, Wirtschaftswachstum, Macht und Eigentum nicht weiter tabuisiert werden.

Das Kamel und das Nadelöhr

„Eher geht ein Kamel durch ein Nadelöhr, als dass ein Reicher in das Reich Gottes gelangt“ (Mk 10,25). So radikal formuliert die Bibel ihre Kritik an den Reichen. Damit wird der Reichtum nicht einfach verteufelt. Es wird klar unterschieden: Reichtum, der zum Wohlstand aller beiträgt und mit den Armen geteilt wird, ist ein Segen. Reichtum, der nicht mit den Armen geteilt wird oder durch Beugung des Rechts und durch unfairen Handel erzielt wurde, ist ein Fluch.

So ist das Kamel für uns das provokative Symbol für eine gerechte Umverteilung von Reichtum zu Gunsten der Armen. Schließlich leben wir nicht nur in einem reichen Land, sondern in einer reichen Welt. Eine Welt, in der das Teilen des Reichtums zur Grundlage des Überlebens wird, kennt sicherlich auch Kamele, die durch Nadelöhr gehen. So bedeutet uns das Kamel nicht nur ein Zeichen der Mahnung. Für uns ist es auch ein Hoffnungssymbol für ein Leben aus der Erinnerung an Gleichheit und Teilen (Lk 4,18; Lk 19,8; Apg 4,35) und der biblischen Vision eines Lebens aus der Hoffnung auf das Festmahl der Befreiten (Offb 21). (...)

(Fortsetzung auf Seite 9)

(Forts. von Seite 8):

Von den Kirchen erwarten wir beides: das Engagement in den Gemeinden und den Mut zu prophetischer Provokation. Wer sonst soll das gerechte Teilen, den fairen Umgang mit ihren Beschäftigten und den bewahrenden Umgang mit den Ressourcen vorleben, wenn nicht die Kirchen, die diese Ziele predigen? Wer sonst könnte die prophetische Kraft haben, um jene unbequemen Fragen über eine gerechte Zukunft für alle Menschen an die Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft zu stellen, wenn nicht die Kirchen?

Die große Chance: Der ökumenische Kirchentag

Für diese prophetische Zeitansage bietet sich den Christinnen und Christen eine große Chance: der ökumenische Kirchentag in München im Jahr 2010. (...)

Wir wünschen uns einen Ökumenischen Kirchentag, auf dem klare Forderungen für mehr Gerechtigkeit zwischen Arm und Reich und für die Bewahrung der Schöpfung offen diskutiert werden – ohne falsche Rücksicht auf politische Ausgewogenheit und gesellschaftliche, aber auch kirchliche Machtstrukturen. Krisen eröffnen auch Chancen. Aber nur dann, wenn mutig und ohne Tabus über neue Wege und Strategien diskutiert wird. Wir wollen, dass unsere Kirchen dabei voran gehen. Deshalb stellen wir Fragen an unsere Gesellschaft, und auch an unsere Kirchen als Institution. In die Diskussionen auf dem Kirchentag wollen wir gemeinsam mit folgenden zentralen Forderungen eintreten:

1. Soziale Sicherheit für alle

Die sozialen Sicherungssysteme müssen allen Menschen ein Leben in Würde mit und ohne Erwerbsarbeit ermöglichen: garantierte Mindestlöhne, mehr Kindergeld und eine armutsfeste Grundsicherung sind wichtige Grundelemente, um Armut in jedem Alter und in jeder Lebenssituation zu verhindern. Gesundheit, gute Ernährung und menschenwürdige Pflege sind unteilbare Rechte, zu denen jeder und jede gleichen Zugang haben muss, unabhängig von Geldbeutel und Bildung.

2. Fair beteiligen

Alle Menschen müssen die Chance erhalten, sich in dieser Gesellschaft zu verwirklichen und an ihren Entscheidungen und an ihrem Reichtum teilzuhaben. Dies erfordert ein Bildungssystem, das alle Schülerinnen und Schüler möglichst frühzeitig fördert und nicht auf Auslese und Elitebildung setzt. Gute Bildung muss mehr sein als Ausbildung und ein Leben lang für alle gebührenfrei zugänglich sein.

Im Arbeitsleben gilt es, neue Formen des Teilens von Arbeit zu entwickeln: zwischen Jung und Alt, Frau und Mann, Beruf und Familie, Ruhestand und Beruf und zwischen verschiedenen Formen von Arbeit. Zudem erfordert die verstärkte Macht der Kapitaleigner einen Ausbau der Wirtschaftsdemokratie.

3. Fair teilen

Soziale Sicherheit und gleiche Lebenschancen brauchen mehr Investitionen in den Sozialstaat und in öffentliche Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Krankenhäuser, Pflegeheime, Busse und Bahnen. Das können wir nur finanzieren, wenn die, die höhere Lasten tragen können, auch verbindlich einen höheren Beitrag leisten. Beiträge für die Sozialversicherungen sollten künftig nicht nur auf Löhne und Gehälter, sondern auch auf Zinsen, Börsenerträge, Gewinne und Mieteinkünfte erhoben werden. Das Steuersystem wird erst gerecht, wenn Steuerschlupflöcher geschlossen und Löhne, Gehälter, Gewinne, Zinsen, Kapitalerträge und Erbschaften gerecht besteuert und wieder eine Steuer auf Vermögen eingeführt wird. Eigentum muss wieder sozialpflichtig werden, wie es das Grundgesetz fordert.

4. Die Globalisierung friedlich, sozial und ökologisch steuern

Der Weltmarkt kann erst gerecht werden, wenn die reichen Länder ihre Privilegien in der Welthandelsorganisation, der Weltbank, dem Internationalen Währungsfonds aufgeben. Die Exportsubventionen müssen gestrichen werden und die armen Länder ihre Märkte vor Billigimporten schützen können. Transnationale Konzerne müssen verbindliche soziale und ökologische Mindeststandards einhalten. Finanzmärkte brauchen Regu-

lierung und Kontrolle: durch die Schließung von Steueroasen, durch eine Finanzumsatzsteuer, durch eine Risikohaftung für Spekulanten. Das international verbindliche Ziel, 0,7 Prozent der Wirtschaftsleistung in die Entwicklungs-Zusammenarbeit zu investieren, um die Armut zu bekämpfen, sollte in einer Welt, in der jedes Jahr 1.200 Milliarden US-Dollar für Waffen zur Verfügung stehen, kein Problem sein. Knappe natürliche Ressourcen müssen fair geteilt werden, statt den Zugang zu ihnen militärisch zu sichern oder zu erkämpfen.

5. Ökologisch wirtschaften und das Klima schützen

Eine ökologische Wirtschaftsweise, die das Klima schützt, erfordert mehr als Energiesparlampen und Absichtserklärungen zur Einsparung von Treibhausgasen. Das fossile und atomare Industriesystem muss konsequent in eine energieeffiziente solare Dienstleistungswirtschaft umgebaut, die Energieversorgung der reichen Länder bis 2050 vollständig auf erneuerbare Energieträger umgestellt werden. Die Unternehmen sind dann Teil einer Kreislaufwirtschaft, die regionale Produktion hat Vorrang vor globaler Produktion, öffentlicher Verkehr vor Individualverkehr, ökologische Landwirtschaft vor konventioneller Landwirtschaft.

Dieser Wandel wird unseren Wirtschafts- und Lebensstil international verträglich machen und gute Arbeit für Millionen schaffen. International haften die reichen Länder für Klimaschäden in den armen Staaten, die vom Klimawandel stark betroffen sind, obwohl sie wenig dazu beitragen. Und die reichen Länder unterstützen den Klimaschutz in den armen Ländern – zum Beispiel durch den kostenlosen Transfer von Umwelttechnologie.

Uns allen ist klar: Der Ökumenische Kirchentag braucht Bewegung. Kirchen- und Katholikentage waren Kristallisationspunkte gesellschaftlicher Diskussion zur Achtung von Massenvernichtungswaffen, zur Überwindung der Apartheid und zur Entschuldung der Entwicklungsländer. Wir wollen gemeinsam auf dem Ökumenischen Kirchentag 2010 soziale Bewegung für unsere Forderungen entfachen. Die Zeit ist reif: Fair teilen statt sozial spalten! ■

KLEINE CHRONIK

30. – 31. Mai 2009: Michael Slaby stellt die Erd-Charta beim Treffen der internationalen **Arbeitsgruppe zum Klimawandel des Ökumenischen Rats der Kirchen** in der Ev. Akademie in Bad Boll vor.

12. – 14. Juni 2009: In Isenbüttel bei Braunschweig findet das **zweite Erd-Charta-Wochenende für Jugendliche und junge Erwachsene** statt. Vier junge Erd-Charta-Engagierte tauschen sich über ihre Erfahrungen, Pläne und Ideen aus und vernetzen ihre Aktivitäten.

15. Juni – 15. Juli 2009: Franka Henn (20) unterstützt die ÖIEW-Geschäftsstelle sehr engagiert mit einem **Praktikum**. Die Studentin der Europa-Studien in Maastricht hat die ÖIEW beim Internationalen Jungen Zukunftsforum im Januar 2009 kennen gelernt.

22. – 23. Juni 2009: Michael Slaby nimmt an einem Planungstreffen der **UNESCO Weltkommission für die Ethik der Wissenschaft und Technik (COMEST)** im UNESCO Hauptquartier in Paris teil.

7. Juli 2009: Lutz Röcke hält einen **Vortrag über die Erd-Charta in der EVANGELISCHEN STUDIERENDEN GEMEINDE (ESG)** Bielefeld.

8. Juli 2009: Die hinduistische **Heilige Sri Mata Amritanandamayi Devi (Amma)** unterzeichnet die Erd-Charta in New York City. Michael Slaby nimmt an der Unterzeichnungszeremonie teil.

6. – 9. Juli 2009: Godehard Münzer aus Mannheim bietet in der **Projektwoche** seiner Schule in Neustadt / Weinstraße ein Projekt zur Erd-Charta an. 11 Schülerinnen und Schüler der Klassen 8 bis 11 setzen sich mit der Erd-Charta auseinander. Jahrespraktikantin Insa Lütge leitet in diesem Rahmen einen Workshop zur Erd-Charta.

13. August 2009: Michael Slaby vertritt die ÖIEW beim **Sondertreffen der KLIMA-ALLIANZ** zur Vorbereitung des Klimagipfels in Kopenhagen.

23. – 28. August 2009: Jutta Boysen ist

(Fortsetzung auf Seite 11)

Blick in die ÖIEWerkstatt

Unser Blick in die „Werkstatt“ will einen kleinen Einblick geben in das, woran gerade in der Geschäftsstelle der *Ökumenischen Initiative Eine Welt* (ÖIEW) gearbeitet wird, welche Themen und Projekte „dran“ sind. Die „Kleine Chronik“ links und rechts davon soll einen Überblick über die öffentlichen Tagungen, Vorträge, Workshops oder Aktionen geben, die die ÖIEW zu ihren Themen wie Erd-Charta oder Nachhaltiger Lebensstil (mit)veranstaltet hat.

● Momentan schreiben wir Ihnen unsere Zeilen über die laufenden Projekte aus der „ÖIEW-Werkstatt“ zu dritt. Seit August bin ich wieder in der Geschäftsstelle und freue mich sehr, nach über vier Monaten Mutterschutz wieder regelmäßig mit ÖIEW-Dingen befasst zu sein. Zumal an vielen Ecken einige engagierte Gruppen an spannenden Themen arbeiten: sei es das ideenreiche Jahrestreffen, die Jugend-Erd-Charta- und Kirchentags-Aktivitäten, oder die Zukunftsüberlegungen zur Verstärkung der ÖIEW-Bildungsarbeit – um nur ein paar zu nennen. Für alle diese Bereiche sind weitere Interessierte, die Lust haben, mitzumachen, noch sehr willkommen.

(Anja Becker)

● Viele Nachfragen erreichen uns für Vorträge und Workshops zur Erd-Charta. Gleichzeitig äußern neue Erd-Charta-Interessierte den Wunsch, sich einmal intensiver und gemeinsam mit der Erd-Charta auseinander zu setzen und die Vision einer nachhaltigen Entwicklung selbst weitergeben zu können. Auch wir in der Geschäftsstelle, die bereits Vorträ-

ge gehalten haben, wünschen uns seit langem ein Forum, um Ideen und Tipps für Veranstaltungen auszutauschen. So haben wir begonnen, eine **Ausbildung für Erd-Charta-MultiplikatorInnen** zu organisieren. Sie soll voraussichtlich im März und Juni 2010 in der Zukunftswerkstatt Ökumene in Warburg-Germete stattfinden. An zwei Wochenenden heißen wir Erd-Charta-Interessierte willkommen, sich mit den Inhalten, den Methoden und Möglichkeiten der Bildungsarbeit zur Erd-Charta vertraut zu machen. Dabei stehen die Erd-Charta-Grundsätze zu sozialer und wirtschaftlicher Gerechtigkeit und ihr Zusammenhang mit der ökologischen Zukunftsfähigkeit im Vordergrund. Mit der Erd-Charta untersuchen wir aktuelle entwicklungspolitische Themen wie Klimawandel und Ernährungskrisen. Mit den beiden Wochenenden wollen wir zum Sprung in die Praxis ermuntern: gemeinsam entwickeln wir Workshop-Einheiten für konkrete Zielgruppen.

Interessierte melden sich bitte in der Geschäftsstelle, damit wir sie direkt informieren können, sobald die Termine feststehen.



Blick aus der Werkstatt: Das aktuelle Geschäftsstellen-Team der ÖIEW mit (von links) Ursula Steuber, Anja Becker und Kerstin Veigt

● Die AG ECHT (das Erd-Charta-Team der ÖIEW) widmet sich zurzeit der **Bestandsaufnahme der Erd-Charta-Bildungsarbeit**. Wir haben begonnen, die Erfahrungen der ReferentInnen bei Workshops und Vorträgen mit einem Fragebogen zu dokumentieren. Auf diese Weise können sie nun leichter anderen Aktiven weitergegeben werden. Alle ReferentInnen profitieren vom Austausch und wir können unsere Bildungsarbeit stetig verbessern. Wir freuen uns sehr, wenn weitere Erd-Charta-ReferentInnen ihre Erfahrungen weitergeben!

● Für das nächste **ÖIEW-Jahrestreffen 2009**, das vom **23. bis 25. April wieder in Warburg-Germete** stattfinden wird, bildet sich derzeit eine **Vorbereitungsgruppe**. Im Jahr des 10jährigen Bestehens der Erd-Charta soll das Thema **Klimagerechtigkeit** im Mittelpunkt stehen - fachlich, spirituell, ganzheitlich. Weitere Interessierte sind in der Vorbereitungsgruppe herzlich willkommen und werden gebeten, sich in der Geschäftsstelle zu melden. (Adresse siehe letzte Seite.) ■

ÖIEW- Jahres(w)endetreffen 2009/10:

„**Mitten in Einer Welt: Vom bewussten Leben zum fairen Handel; vom fairen Handeln zum bewussten Leben.**“ Unter diesem Thema steht das Jahres(w)endetreffen der *Ökumenischen Initiative Eine Welt* auf Burg Bodenstein vom 29.12.2009 bis 3.1.2010.

Das ÖIEW-Treffen ist seit mehreren Jahren Teil der größeren Burgfreizeit, in der sich Familien und Menschen aller Generationen wohlfühlen. Die Kinder haben in den verschiedenen Altersstufen ein eigenes abwechslungsreiches Programm.

Zum Inhalt:

Wir behandeln das Thema des bewussten Lebens ganzheitlich aus der kognitiven Sicht in Verbindung mit bewusster Ernährung und unter psychosozialen Aspekten. Wir schauen hinter die Kulissen des Welt Handels unter dem Thema „Milch – Macht und Märkte“, um Milchwirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft mit ihren Auswirkungen für die Länder, deren Entwicklungspotential zu unterstützen ist (Johann Smit und Armin Reitz). Wir entwickeln eine Vision von Lösungsmöglichkeiten mit der teilenden Wirtschaft (Johannes Ziethe).

Wir sind uns bewusst, dass dem Hunger in der Welt Einhalt geboten werden muss. Wir wollen uns dem Thema auf spielerische Weise nähern. Dazu bieten wir das „Spiel des Lächelns“ unter Anleitung von Frederike Herrlich (Bremen) an.

Aus unseren Überlegungen heraus möchten wir entwickeln, was wir jeweils in unserem Bereich tun können. Die unterschiedlichen Themen werden in kleinen Gruppen methodisch aufgearbeitet.

Die Bibliodrama-Arbeit mit Annette Handte ist Bestandteil der thematischen Arbeit. Außerdem soll auch das meditative Tanzen nicht zu kurz kommen – dabei wird uns Martina Groth in bewährter Form anleiten. Es werden auch Massagen (Karen Reitz) angeboten.

Neben den inhaltlichen Impulsen zum Thema gibt es wie immer viel Zeit zur Erholung und zum Austausch. Der Silvesterabend, beginnend mit einem festlichen Büffet, wird gemeinsam im Burgsaal gefeiert und mit Teilnehmerbeiträgen von Jung und Alt gestaltet. Die letzte halbe Stunde des Jahres findet traditionell in der Stille der Burgkapelle statt, bis dann nach Mitternacht auf das neue Jahr im (hoffentlich verschneiten) Burghof angestoßen und danach im Burgsaal weiter gefeiert wird.

Der Vorbereitungskreis lädt herzlich ein!

Armin und Karen Reitz (Wiesmoor), Folkert Janssen (Rostock), unterstützt durch Angelika Wuttke (Köln)

PS.: Da nur noch sehr wenige Plätze frei sind, empfiehlt sich eine umgehende Anmeldung in der Geschäftsstelle der ÖIEW (Adresse siehe letzte Seite). ■

KLEINE CHRONIK

Referentin zum Thema „Nahrung und Energie“ bei der 5. Ökologischen Sommerschule des ÖKUMENISCHEN FORUMS CHRISTLICHER FRAUEN IN EUROPA, die in Woltersdorf bei Berlin stattfindet.

1. September 2009: Michael Slaby vertritt die ÖIEW bei der **Unterzeichnerkonferenz zur Klimaplattform der Kirchen „Klima der Gerechtigkeit“** in der Ev. Akademie Villigst in Schwerte.

16. September 2009: Eine **Vorbereitungsgruppe zum Zivilen Friedensdienst in Afrika** der ARBEITSGEMEINSCHAFT FÜR ENTWICKLUNGSHILFE (AGEH) erfährt von ÖIEW-Mitglied Reinhard Voß von der Friedensarbeit in Wethen. Sie besucht die ÖIEW-Geschäftsstelle, wo ihr Kerstin Veigt einen Einblick in die Arbeit der Internationalen Erd-Charta Bewegung gibt.

24. September 2009: Ursula Steuber empfängt zusammen mit dem ÖIEW-Nachbarbüro OEKUMENISCHER DIENST SCHALOMDIAKONAT eine Gruppe von 35 Ehrenamtlichen der **Diakonie Warburg** in der Wethener Geschäftsstelle. Sie berichtet ihnen über die Geschichte und die Aktivitäten der Ökumenischen Initiative Eine Welt.

25. – 27. September 2009: Kerstin Veigt stellt die Erd-Charta auf der **Evangelischen Jugendkonferenz von Westfalen 2009** „Globales Lernen. Ökumene. Wir leben auf *einem* Planeten“ vor, die in der Ev. Akademie Villigst in Schwerte stattfindet. In zwei einstündigen Workshops finden lebhaftere Gespräche zur Erd-Charta in der Jugend- und Bildungsarbeit mit den aktiven Jugendlichen der Kirchenkreise, Pastoren und JugendgruppenleiterInnen statt.

8. Oktober: Auf einer **LehrerInnen-Fortbildung zum Thema Nachhaltigkeit** hält Ulrike Berghahn zwei einstündige Erd-Charta-Workshops. Die Fortbildung mit 100 Teilnehmenden findet im Trifels-Gymnasium in Annweiler statt und wird vom EVANGELISCHEN SCHULBUND IN SÜDWESTDEUTSCHLAND veranstaltet.

Neu im Vorstand: Andrea Düchting

Als ich im Herbst 2008 bei der ÖIEW als Assistentin für die Konferenzvorbereitung des Jungen Zukunftsforums angefangen habe zu arbeiten, wusste ich noch nicht, was mich erwarten würde. Die Arbeit bei der ÖIEW hat mir schließlich so viel Spaß gemacht, dass mir die Entscheidung, im Vorstand aktiv zu werden, nicht schwer fiel.

Ich unterstütze die Schwerpunkte der ÖIEW, weil ich die Auseinandersetzung mit unseren eigenen Lebensweisen sehr wichtig finde. Hinzu kommt die Verknüpfung von Politik, Ethik und Spiritualität. Entscheidend für mich waren dabei meine Erfahrungen als jahrelange Gruppenleiterin von Ferienfreizeiten auf einem abgelegenen Südtiroler Bergbauernhof und später als Freiwillige in Ghana, wo ich verschiedene Lebensweisen und Einstellungen kennen lernen durfte.

Meine Erlebnisse waren letztlich so prägend, dass ich mich entschied, nach meiner Rückkehr aus Ghana im Sommer 2001 *Geographische Entwicklungsforschung Afrikas* an der Uni Bayreuth und später *Friedens- und Konfliktforschung* in Marburg zu studieren. Im Laufe meines Studiums bin ich immer wieder in verschiedene afrikanische Länder gereist und habe erlebt, wie ausschlaggebend das Handeln hier bei uns auch für internationale Entwicklungen ist.

Im Moment vertiefe ich meine Erfahrungen im Rahmen des Postgraduiertenstudiengangs *Seminar für ländliche Entwicklung* in Berlin. Wenn ich nicht gerade im Seminarraum hocke, verbringe ich meine Zeit am liebsten draußen in der Natur – und das gerne mit Freunden oder einfach einem guten Buch.

Torben Flörkemeier

Ich bin 21 Jahre alt und studiere zur Zeit Politikwissenschaft und Wirtschaftswissenschaft im fünften Semester an der Universität Bremen. Momentan lebe ich jedoch für sechs Monate als Austauschstudent in Sundsvall (Schweden). Meine weiteren Studienschwerpunkte sehe ich im



Bereich Politische Ökonomie und Nachhaltigkeit.

Während meiner letzten Schuljahre in Blomberg / Lippe begann ich mich für die Themenfelder Nachhaltigkeit und Entwicklungspolitik zu interessieren. Um Probleme und Lösungen im Bereich Nachhaltiger Konsum, Umweltschutz und ganzheitliche Strukturpolitik aufzuzeigen, organisierte ich im September 2007 einen Vortrag für Freunde, Verwandte und Interessierte. Bei der Suche nach beispielhaften Organisationen und Projekten stieß ich u.a. auf die Erd-Charta und die Arbeit der ÖIEW, war sehr interessiert und ließ mir sofort Informationsmaterialien zuschicken. Im selben Atemzug erfragte ich, ob es auch möglich wäre, ein Praktikum bei der ÖIEW zu absolvieren.

Diese Möglichkeit eröffnete sich mir, und so konnte ich im März 2008 die besondere Anziehungskraft und Motivation des Ortes Wethen und der Ökumenischen Initiative Eine Welt erleben. Ich war und bin immer noch vollkommen begeistert von der motivierenden Gemeinschaft (vor allem auf den Jahrestagungen), der intensiven Reflexion über gegenwärtige Probleme und deren Lösungsansätze, dem stetigen Engagement für eine bessere Welt und den gelebten ethischen Werten innerhalb der ÖIEW. Das alles in einer Organisation zu finden, hat mir die Entscheidung, aktives Mitglied des Vortands zu werden, nicht schwer gemacht.

Meine besondere Aufgabe sehe ich darin, andere junge Menschen davon zu überzeugen, sich für eine nachhaltige Zukunft

einzusetzen und ihnen zu zeigen, welche Freude dieses Engagement bereitet. Deshalb möchte ich mich vor allem für die Erdcharta-Jugendarbeit einsetzen.

In meiner Freizeit wandere gerne und verbringe allgemein möglichst viel Zeit inmitten von Natur (einer der Gründe weshalb ich mein Auslandssemester in Mittelschweden verbringen wollte). Zudem singe ich im Chor, liebe es zu tanzen und treibe viel Sport. ■

IMPRESSUM:

initiativ - Rundbrief der Ökumenischen Initiative Eine Welt

Herausgeberin:
Ökumenische Initiative Eine Welt e.V. (ÖIEW)

Redaktion:
Anja Becker, Diotima Csipai, Michael Steiner, Kerstin Veigt, Anja Weiffen

Redaktionsanschrift:
ÖIEW, Mittelstr. 4,
34474 Diemelstadt-Wethen,
Tel. 05694-1417, Fax 05694-1532,
e-mail: info@oeiew.de

Satz/Gestaltung:
Michael Steiner, Bonn

Gedruckt auf Recycling-Papier bei Knotenpunkt, Buch / Hunsrück.
Auflage: 1.500

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 10. Oktober 2009
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 10. Januar 2010

Rezensionen:

Poesie regiert auch auf kleinerer Erde

„Am Abend lässt das blasse Silber der Dämmerung die knorri-gen Eichen an den Teichen zu Skulpturen aus einem vergange-nen Märchen erstarren, während wir im Gänsemarsch durch das hohe Gras stapfen. Im aufsteigenden Bodendunst wirken die Silhouetten der Rinder wie einem Höhlengemälde von Lascaux entsprungen.“

Die Währung, mit der Andreas Weber in seinem Buch „Biokapital“ rechnet, ist die Fülle des Lebens. Im oben beschrie-benen Beispiel ist dies eine archaische Landschaft im Thüringer Wald, in der ein Landwirt alte Pferde- und Rinderrassen zücht-et. Der Bauer lebt gut von seiner extensiven Weidewirtschaft. Aber für Weber sind weniger die Filets des Schlachtviehs ge-winnbringend; vielmehr geht es um die natürliche Vielfalt der Landschaft, die ihr Geld wert ist. Sie beschert dem Landwirt sogar einen „funkelnden, neuen VW-Touareg“.

Andreas Weber: Biokapital – Die Versöhnung von Ökonomie, Natur und Menschlichkeit, Berlin Verlag, Berlin 2008, 240 Seiten, 19,90 Euro



Der Autor will mit solchen Beispielen zeigen: Ökonomie und Ökologie schließen sich nicht aus, sie gehören für ihn sogar grundlegend zusammen. „Dieses Buch soll diese revolutionäre und existenzielle neue Wirtschaft skizzieren“, sagt er. Nach-dem sein erster Titel „Alles fühlt“ (vgl. initiativ 120) die Grund-lagen seines Denkens darstellt, gibt der Biologe und Philosoph in „Biokapital“ konkrete Handlungsanweisungen für einen ra-dikalen Umbau der Weltwirtschaft.

Die Artenvielfalt kann Weber dabei nicht genug hervorheben. Es läge auf der Hand: Je mehr Vielfalt in einem Ökosystem besteht, desto produktiver ist das System. Doch was hat ein Ökosystem mit dem globalen Markt zu tun? Viel, meint We-ber: „Der Markt ist ein offenes System in einem anderen, grö-ßeren System: der Erde.“ In diese würde nur eine Sache kosten-los eingespeist, nämlich die Sonnenenergie, die alle Lebensvor-gänge treibt. Weil wir alles, was die Natur uns schenkt, nicht mit in die Rechnung einbezögen, lebten wir in unserer Marktwirt-schaft auf Pump. Weber spricht von den „versteckten Bestand-teilen“ der Umwelt mit ihren seelischen, medizinischen und tech-nischen Ressourcen. „Würde man solche lebenswichtigen Lei-stungen der Natur wirtschaftlich bewerten, dann wären die meisten Entwicklungsländer auf einmal nicht mehr bettelarm.“

Beeindruckend stellt der Biologe unser Wirtschaftssystem dem Haushalten der Erde gegenüber. Das System Erde sei zwar alles andere als effizient, aber gerade dadurch so robust. Nicht die Optimierung sei der Sinn des Kosmos, sondern sein Ausdruck. Weber kommt am Ende wieder auf eine Qualität zurück, die seine Bücher als roter Faden durchzieht: die Poesie, die alles Leben durchwirkt. Er macht Mut, indem er voraussagt: Die Poesie wird – wenn alle Umbrüche überstanden sind – auch auf einer heißeren, kleineren Erde die Wirklichkeit regieren. ■

Anja Weiffen

Eine neue Erde – jetzt!

In den Vereinigten Staaten schon millionenfach verbreitet, zieht das Buch von Eckart Tolle in Deutschland erst allmählich seine Kreise. „Eine neue Erde“ heißt es, und dazu noch der anspruchs-volle Untertitel „Bewusstseinsprung anstelle von Selbstzerstö-rung“ – als Herausforderung postuliert, als Möglichkeit einer großen Transformation, wie sie von allen großen Weisheits-lehrern (Buddha, Jesus und anderen) gefordert wurde.

Das Buch beginnt mit einer beeindruckenden „Evokation“: Un-ter der Überschrift „Das Aufblühen des menschlichen Bewusstseins“ wird ein Abriss der Geschichte unseres Heimat-planeten am Beispiel des Entstehens der ersten Blumen gege-ben, die vor ca. 114 Millionen Jahren das Licht erblickten. Ein-em Menschen, der später die Schönheit einer Blume wahr-nimmt, werden dadurch vielleicht die Augen geöffnet „für die Schönheit seines eigenen tiefsten Wissens, seiner eigenen wahren Natur.“



Eckart Tolle: Eine neue Erde - Bewusstseinsprung anstelle von Selbstzerstörung, Goldmann-Verlag München 2005, 318 Seiten, 19 Euro

Der Autor fragt dann: „Ist die Menschheit reif für eine Trans-formation des Bewusstseins, für ein inneres Erblicken von sol-cher Radikalität und Tiefe, dass das Aufblühen einer Blume, mag sie auch noch so schön sein, nur ein schwacher Abglanz davon ist?“ Es geht um diese Transformation, die sich auch beim Lesen des Buches erschließt; wie sie sich vollzieht im eigenen Körper: Nach der Geburt setzt das Wachstum ein, die Ausdeh-nung. Aber nicht nur der Körper wächst, sondern auch Wissen,

Aktivitäten und Erfahrungen nehmen zu. Und dann setzt eines Tages die Rückkehrbewegung ein. Darin kann eine persönliche Tragödie liegen, aber auch die Chance eines spirituellen Erwachens – wenn die Aufhebung der Identifikation des Bewusstseins mit der Form stattfindet. Diese Möglichkeit besonders im Alter, beginnt man in unserer Kultur gerade erst zu erkennen. Alter und naher Tod können ein „Tor zum Reich des Geistes“ werden. Dieses Reich ist das (universelle) Bewusstsein, das selbst zeitlos ist, das nie geboren wurde und nie stirbt.

Wir sind Teil dieses Bewusstseins, wenn wir in unseren inneren Raum gehen, wenn wir uns inspirieren lassen zu Kreativität und zu bewusstem Handeln in Liebe und Freiheit, wenn wir unser eingekapseltes Ego-Bewusstsein aufgeben, das konditionierte, unbewusste Denken also. Als Modalitäten eines so erwachten Handelns werden vom Autor genannt: Bereitwilligkeit, Freude und Enthusiasmus. Wenn man außerhalb dieser Modalitäten lebt, verursacht das immer Leid, sich selbst und anderen Menschen gegenüber. Die neue Erde entsteht dann, wenn anstatt des Egos das erwachte Bewusstsein die Führung im Leben übernimmt. Diese „Neue Erde“ ist keine Utopie. Allen Utopien, die so oft mit katastrophalen Auswirkungen „verwirklicht“ wurden, liegt eine strukturelle Hauptströmung des alten Bewusstseins zu Grunde: die Suche nach Erlösung in der Zukunft. Die neue Erde ist aber kein Zukunftsereignis, das uns befreien wird, sondern nur der gegenwärtige Augenblick kann uns frei machen! Das Reich Gottes ist mitten unter uns und ist immer „Jetzt“!

„Jetzt!“ ist übrigens auch der Titel eines früheren erfolgreichen Buches vom gleichen Autor, der 1948 in Dortmund geboren wurde und nach mehreren Stationen des Studiums im Alter von 29 Jahren eine tiefe spirituelle Erfahrung machte, die sein Leben veränderte und ihn zu einem weltbekannten Weisheitslehrer machte. ■

Christian Holtgreve

Geschichten und Beispiele, die Mut machen:

Die vier größten brasilianischen Rinderunternehmen gaben Anfang Oktober in Sao Paulo bekannt, ab sofort keine Rinder mehr aus neu gerodeten Urwaldgebieten zu beziehen. Diesem Erfolg war eine weltweite Greenpeace-Kampagne zum Schutz des Amazonas-Regenwaldes vorangegangen. Fleisch- und Lederabnehmer wie Adidas, Nike und Walmart sahen sich dadurch veranlasst, die brasilianische Rinderindustrie zu wirksamen Maßnahmen zum Urwaldschutz zu bewegen. Die Rinderzucht gilt als größter Urwaldvernichter im Amazonasgebiet. 80 Prozent der abgeholzten Waldflächen werden als Weideland genutzt. Auch Klaus Meine, Sänger der Rockband Scorpions, die sich seit Jahren gemeinsam mit Greenpeace für den Erhalt des brasilianischen Regenwaldes einsetzt, begrüßte den neuen Erfolg zum Schutz des Regenwaldes.

(Quelle: www.greenpeace.de vom 6.10.2009)

Friedensgutachten 2009

Seit 1987 erscheint es jährlich und beleuchtet vor dem Hintergrund der deutschen und europäischen Sicherheits- und Außenpolitiken internationale Kriege und Konflikte: Das Friedensgutachten. Die fünf großen Institute für Friedens- und Konfliktforschung in der Bundesrepublik (INEF, FEST, IFSH, BICC und HSFK) sind daran beteiligt. Mit ihren Analysen, Bilanzen und Debatten wirken die WissenschaftlerInnen auf neue Wege in der Friedenspolitik hin. Sie setzen sich für eine Politik der atomaren und konventionellen Abrüstung ein und geben Handlungsempfehlungen zu den aktuellen Entwicklungen. Darüber hinaus thematisiert das Friedensgutachten Strategien und Instrumente der zivilen Konfliktbearbeitung.



Jochen Hippler, Christiane Fröhlich, Margret Johannsen, Bruno Schoch und Andreas Heinemann-Grüder, (Hrsg.): Friedensgutachten 2009, LIT Verlag Münster 2009, 400 Seiten, 12,90 Euro

Im Mittelpunkt des diesjährigen Friedensgutachtens steht die Frage, wie Kriege und Konflikte beendet werden können: „Unter heutigen Bedingungen müssen Strategien zur Kriegsbeendigung Lebensgrundlagen sichern, Köpfe und Herzen der Bevölkerung gewinnen, ihre Sicherheitslage verbessern und Störfriede isolieren. Legitime staatliche Institutionen und glaubwürdige Demokratisierung sind dafür zentral.“

Allein die wachsende Ratlosigkeit, mit der Deutschland seit mehr als acht Jahren am Krieg in Afghanistan teilnimmt, macht die im Friedensgutachten zusammengefassten Analysen notwendig. Ein wichtiges Anliegen ist es den HerausgeberInnen zu betonen, dass militärische Mittel politische Veränderungsprozesse nicht ersetzen können und aufgegeben werden sollten, um stattdessen rechtsstaatliche und zivilgesellschaftliche Strukturen zu stärken: „Die Gewalt in Afghanistan und Pakistan kann nur beendet werden, wenn eine bürgernahe Staatlichkeit aufgebaut wird, deren Leistungen die Bevölkerung anerkennt.“

Weitere Informationen und Diskussionen unter:
www.friedensgutachten.de ■

Kerstin Veigt

„Our Land ... Our Life ... Our Future“

Land ist die Lebensgrundlage für bäuerliche Gemeinschaften. Aber 15 Jahre nach dem offiziellen Ende der Apartheid in Südafrika ist die von der Regierung versprochene Landreform noch immer nicht umgesetzt und die Armut der Landbevölkerung wächst. Die Wanderausstellung „Our Land ... Our Life ... Our Future“ will auf diese Situation aufmerksam machen und dazu beitragen, dass ländliche Verarmung in Afrika, am Beispiel Südafrikas, mehr Beachtung in der Öffentlichkeit findet.

Menschen bei der Feldarbeit, karge Böden, Kochen im Freien, Kinder beim Wasserholen, junge Männer ohne Perspektive. Das sind eindringliche Bilder eines harten Existenzkampfes, dem die Grundvoraussetzung, nämlich ausreichend Land, fehlt. Rund 60 Fotografien führen die Lebensbedingungen der südafrikanischen Landbevölkerung vor Augen. Die mehrfach ausgezeichneten südafrikanischen Fotografen Paul Grendon, Fanie Jason und Sipiwe Sibeko haben das Leben und den

Kampf ums Überleben der Landbevölkerung mit einfühlsamen Bildern festgehalten.

Die von der südafrikanischen Koalition ländlicher Entwicklungsorganisationen TCOE (Trust for Community Outreach and Education) konzipierte Ausstellung „Our Land ... Our Life ... Our Future“ veranschaulicht die vielfältigen Facetten des Lebens in den ländlichen Gebieten Südafrikas mit dem Ziel, die öffentliche Debatte über neue Ansätze einer veränderten Landreform anzuregen. Seit ihrer Eröffnung in Kapstadt ist die Ausstellung in zahlreichen Städten Südafrikas und Europas gezeigt worden. Die Wanderausstellung kann auch in Deutschland von lokalen Gruppen, Schulen, Volkshochschulen, Kirchengemeinden und anderen ausgeliehen werden. Weitere Informationen, Materialhinweise und alle bisherigen Ausstellungsorte und Termine sind im Internet unter www.our-land.de zu finden. Interessierte Veranstalter wenden sich bitte an:



*KASA – Kirchliche
Arbeitsstelle Südliches
Afrika, c/o Werkstatt
Ökonomie,
Obere Seegasse 18
69124 Heidelberg
Tel. 06221 43336-12
Fax 06221 43336-29
E-Mail:
kasa@woek.de
www.kasa.woek.de*

„Erinnern, aufarbeiten, wiedergutmachen“

Unter diesem Motto steht eine Kampagne mehrerer zivilgesellschaftlicher Organisationen, die einen grundlegenden Wandel im Umgang mit Deutschlands kolonialer Vergangenheit fordert. Sie zielt u.a. darauf, dass Straßen umbenannt werden, die Kolonialisten ehren oder rassistische Begriffe enthalten, dass Schulen, Universitäten und andere Einrichtungen sich kritisch mit Kolonialismus und Rassismus auseinandersetzen und dass die ehemaligen deutschen und europäischen Kolonien entschädigt werden.

Die Kampagne startet mit einer Demonstration in Berlin am 15. November 2009, dem Jahrestag des Beginns der Berliner Afrika-Konferenz vor 125 Jahren. (Siehe dazu auch das *Editorial*, Seite 1-2.) Sie endet mit einem Gedenkmarsch am 27. Februar 2010, der vom Ort der Konferenz in der Wilhelmstraße zum Brandenburger Tor führt. Dazwischen wird es eine Vielzahl an Veranstaltungen geben, die sich mit der Afrika-Konferenz und ihren Folgen beschäftigen. Termine und Infos unter www.berliner-afrika-konferenz.de



Praxis der Spiritualität

Zu folgenden Seminaren zum Thema Spiritualität lädt die „Aufbruch“-Initiative herzlich ein:

11. – 13. Dezember im Thüringer Wald (Einkehrhaus Bischofrod)

An diesem Advents-Wochenende kann man für eine eigene spirituelle Praxis verschiedene Formen der nicht-thematischen Meditation ausprobieren und Achtsamkeitsübungen für den Alltag kennenlernen. Anleiten wird dazu Gerhard Breidenstein, der seit vielen Jahren bei verschiedenen Lehrern ZEN praktiziert und im Intersein-Zentrum der Thich-Nhat-Hanh-Schule mehrfach Achtsamkeit „trainiert“ hat. Er wird dabei von Bobby Langer unterstützt und ergänzt. Natürlich wird der Bezug zum „Aufbruch“ eine Rolle spielen.

Die Kosten für Unterkunft (im 2-Bett-Zimmer) und vegetarische Vollwertverpflegung betragen 85 Euro; hinzu kommt ein Honoraranteil auf Spendenbasis.

Anmeldung an

Gerhard Breidenstein
Römerstr. 26

71540 Murrhardt

g.breidenstein@arcor.de

bei gleichzeitiger Anzahlung von 30 Euro an den Trägerverein Anders besser leben, Konto 700 545 8100, BLZ 430 609 67 (GLS-Bank) mit Verwendungszweck: Seminar 11.-13.12.09.

Da schon etliche Anmeldungen vorliegen und das Haus nur 18 Betten hat, wird umgehende Anmeldung empfohlen.

Wegen der starken Nachfrage findet ein gleiches Seminar wenige Wochen später im Westen statt: **22. – 24. Januar 2010 bei Warburg** (Landhaus am Heinberg). Kosten, Leitung und Anmeldung wie oben.



Denkwürdiges zur Macht des Gebets... (oder doch des Papstes?!)

Die Bewohner der Schweizer Dörfer Fieschertal und Fiesch im Wallis möchten gegen den Klimawandel und den Schwund des Aletschgletschers beten. Damit würden sie aber gegen ein über 300 Jahre altes Gelübde verstoßen und brauchen nun eine Sondergenehmigung des Papstes. Deshalb haben die Dorfbewohner eine Audienz beim katholischen Kirchenoberhaupt beantragt.

Wie die Informationsstelle Wallis mitteilte, haben die Bewohner von Fieschertal und Fiesch 1678 das Gelübde abgelegt, tugendhaft zu leben und zu beten, dass der Aletschgletscher nicht weiter wächst. Grund dafür war das bedrohliche Vorrücken des Gletschers. Um die Wirkung der Gebete während des Gletscher-Höchststandes Mitte des 19. Jahrhunderts noch zu verstärken, wurde ab 1862 einmal jährlich eine Prozession veranstaltet.

Inzwischen haben sich die Zeiten geändert. „Es ist viel Eis geschmolzen“, heißt es in der Mitteilung. Jetzt soll der Gletscher wieder wachsen und das „Katastrophen-Gelübde“ um den Beistand gegen den Klimawandel ergänzt werden. Die Entscheidung darüber liegt allerdings bei Papst Benedikt XVI.

(Aus einer Meldung bei T-online vom 6. August 2009)

öiew
mittelstr. 4
laurentiushof
wethen
34474 diemelstadt

www.oeiew.de

fon 0 56 94 - 14 17
fax 0 56 94 - 15 32

spendenkonto
waldecker bank e.g.
blz 523 600 59
konto 0 915 300

email info@oeiew.de